

Aktivitäten zu Birma in Europa

In der Hamburger ESG (Evangelische Studentengemeinde) fand am 16. und 17. Juni dieses Jahres ein Treffen zu Birma statt. Zu dieser Tagung, die sich in erster Linie mit der Situation in Birma nach den Wahlen befaßte, kamen rund 40 Personen, Birmaner wie Deutsche. Darunter u.a. Vertreter von Amnesty International, Robin Wood, Rettet den Regenwald, des Deutschen Vogelschutzbundes, des Deutschen Buddhistischen Zentrums (Mainz) und des Komitees für Demokratie in Burma.

Organisiert wurde die Veranstaltung von Ronald Chit Tin (Deutsch-Burmesische Gesellschaft/DBG und Komitee für Restoration of Democracy in Burma/CRDB) und dem Hamburger Journalisten Dietrich Schilling. Der Hauptvortrag wurde von dem britischen Journalisten Martin Smith, einem der wenigen Birma-Kenner in Europa, gehalten.

Im vergangenen Mai trafen an der Grenze zwischen Birma und Thailand die birmanischen Widerstandsgruppen des In- und Auslandes zusammen. Die entscheidende Frage, ob man die Wahlen anerkennen sollte, wurde mehrheitlich bejaht. Wegen der besonderen Bedeutung einer breiten Öffentlichkeitsarbeit im Kampf gegen diktatorische Herrschaftssysteme wollen sich die Widerstandsgruppen um die Errichtung eines Rundfunksenders bemühen.

Auf seiner Europareise besuchte Dr. Em Marta, Sekretär der Demokratischen Allianz Birmas (DAB), die Internationale Friedenskonferenz in Den Haag, Niederlande und ab 11. Juli die Bundesrepublik.

Auf einer Pressekonferenz betonte Dr. Marta, daß die Spannungen zwischen Regime und Bevölkerung in Birma von Tag zu Tag wachsen, da immer noch keine klare Aussage über die Machtübergabe gemacht wurde. Wenn sich dies nicht bald ändere, seien blutige Konflikte nicht auszuschließen. Seine Partei, die *Demokratische Allianz*, werde allerdings eine friedliche Lösung anstreben. Die ethnischen Nationalitäten, so Marta weiter, würden keineswegs - wie die Regierung Ne Win propagiere - eine Ablösung von Birma anstreben. Sie bestünden jedoch auf der Gründung eines demokratisch-föderativen Rechtsstaates.

Weitere Themen waren die rund-40.000 nach Thailand geflüchteten Burmesen, die dort wieder interniert bzw. verhaftet und nach Birma abgeschoben werden, und die Vernichtung der Wälder. Dies hat nicht nur schwere ökologische Konsequenzen, sondern gefährdet auch die Lebensgrundlage der Karen-Nationalität. Das Land, in dem die begehrten Teakhölzer zu finden sind, gehört seit Jahrhunderten den Karen. Ohne die Devisen aus dem Holzverkauf wären die Militärs kaum in der Lage, im Ausland neue Waffen zu kaufen. Am Rande der Pressekonferenz wurde bekannt, daß die Bundesrepublik

ein Handelsembargo gegen Birma in Erwägung zieht.

In Köln traf sich Em Marta mit in NRW lebenden Burmesen. Ihm fiel die Aufgabe zu, das Bild der bewaffneten Widerstandskoalitionen zu korrigieren, die, bedingt durch die jahrzehntelange Regierungspropaganda Ne Wins, für manche Birmanen nichts weiter als Banditen sind. Dr. Marta sammelte Spenden für das Projekt "Dschungel-Krankenhaus", das in der Grenzzone entstehen soll.

Von der Bundesrepublik aus reiste der Parteisekretär nach Genf, um als Vertreter der Karen an einer UNO-Konferenz über die ethnischen Nationalitäten teilzunehmen.

Ende Juli wurden Vertreter des DBG und des CRDB im niederländischen Außenministerium empfangen. Den Burmesen wurde Unterstützung und eine Initiative bei der Europäischen Gemeinschaft zugesichert, die die Junta in Rangun auf diplomatischem Weg unter Druck setzen soll.

In einer Erklärung der EG vom 3. August brachten die Mitgliedsländer zum Ausdruck, daß sie die Abhaltung einer konstituierenden Versammlung als erste Stufe zur Gründung einer legitimen Regierung ansehen und daß die Freilassung der internierten und inhaftierten politischen Gefangenen von größter Bedeutung ist.

Kyaw Than

Handel mit Thai-Frauen kein "Menschenhandel"

Stuttgarter Menschenhandelsprozeß endete mit Urteilen wegen "Zuhälterei"

Nach mehr als neun Monaten ging vor der 15. Großen Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts der Prozeß gegen vier des Menschenhandels angeklagte Thais zu Ende. Den Angeklagten - zwei Frauen und zwei Männern - war vorgeworfen worden, in den Jahren 1987/88 Thailänderinnen unter falschen Versprechungen in die Bundesrepublik gelockt und in der Stuttgarter "Happy-Bar" zur Prostitution gezwungen zu haben. Diesen Vorwurf verwarf das Gericht nach 40 Verhandlungstagen: Das Urteil lautete nicht auf "Menschenhandel" (mit einer Höchststrafe von bis zu zehn Jahren), sondern auf "Zuhälterei und Förderung der Prostitution". Von der, für den Tatbestand des Menschenhandels erforderlichen "Gewalt, Drohung oder List", könne keine Rede gewesen sein. Die Frauen, so das Gericht, hätten genau gewußt, worauf sie sich in der Bundesrepublik einließen, nämlich auf einen Animierbetrieb mit Geschlechtsverkehr. Entsprechend milde fielen die Strafen aus: Eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten auf

Bewährung für die 41-jährige Hauptangeklagte, von deren Vermögen außerdem 30.000 DM eingezogen werden, weil diese nach Schätzung des Gerichtes auf illegalem Weg verdient wurden. Die drei Mitangeklagten wurden zu Freiheitsstrafen zwischen drei und fünfzehn Monaten verurteilt. Alle haben ihre Strafe bereits durch die Untersuchungshaft abgesessen, in einem Fall wird sogar eine Haftentschädigung gezahlt.

Die Prozeßbeobachterinnen des Stuttgarter Frauen-Informationszentrums, die den Prozeß von Anfang an begleiteten, sind sowohl mit dem Verlauf als auch mit dem Ausgang des Verfahrens "äußerst unzufrieden". Genauso wie die Staatsanwaltschaft und vor allem die Nebenklagevertreterin, hatten sie auf ein für die Bundesrepublik wegweisendes Urteil wegen Menschenhandels gehofft.

vgl.: *Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten vom 25.8.90*

EPK ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ

Heft 1/90

Handeln gegen die Zerstörung —
Umweltgruppen in der Dritten Welt

- Umweltbewegung in Indien, Brasilien, Chile
- Entwicklung und Umweltzerstörung
- Mythos Hunger
- Umweltbelastungen der Metropolen
- Giftmüllexporte
- Umweltflüchtlinge
- „Debt for Nature Swaps“
- Internationale Programme der Umwelterziehung

Preis: DM 6,- zuzügl. Porto

Bezug: EPK, Nernstweg 32-34,
2000 Hamburg 50
Tel. 040/390 52 21

Jahresabonnement (vier Hefte) DM 24,-
(Institutionen DM 40,-), inkl. Porto